

Beteiligungsbericht 2014

Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Freital, 22. Oktober 2015

1. Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bewohner des Verbandsgebietes,
der 13. Beteiligungsbericht des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe (TWZ) für das Haushaltsjahr 2014 liegt vor.

Mit diesem Beteiligungsbericht erhalten Sie einen Überblick zum Verband und seiner einzigen Beteiligung, der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH (WVGmbH). Der Beteiligungsbericht ist deshalb auch in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil wird im Überblick der Verband und im zweiten Teil die mit der Wasserversorgung beauftragte Gesellschaft dargestellt.

Die WVGmbH hat auch im Jahr 2014 großes Augenmerk auf die weitere Konsolidierung bzw. Verbesserung der technischen Infrastruktur und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse gelegt. Gegen den allgemeinen Trend der Verteuerung von Produkten und Dienstleistungen ist es dem Unternehmen einmal mehr gelungen, trotz des rückläufigen Wasserabsatzes die Höhe der Wasserentgelte seit nunmehr 20 Jahren auf dem Niveau von 1995 zu belassen.

Konsequente Investitionen in die Erneuerung der Wasserwerke, Rohrnetze, Pumpwerke und Hochbehälter senkten seit Anbeginn stetig den Aufwand für den laufenden Betrieb der Anlagen.

Die Umsetzung dieses strategischen Ansatzes über nunmehr fast 20 Jahre hinweg war eine wesentliche Voraussetzung für die notwendige und permanente Steigerung der Effizienz des Unternehmens. Dazu trug neben geringeren Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung auch der notwendige Abbau von Personal entscheidend bei.

Während 1990 im Unternehmen 139 Arbeitnehmer tätig waren, sind es 2014 73 Beschäftigte, zuzüglich zwei Auszubildende (Azubi). Sie sorgen dafür, dass heute und in Zukunft an jedem Tag und zu jeder Stunde Trinkwasser in ausreichender Menge und hervorragender Qualität für alle Haushalte, öffentliche Einrichtungen, Gewerbe- und Industriebetriebe zu fairen Preisen zur Verfügung steht.

Die mit Augenmaß betriebene weitere Fortentwicklung, Erneuerung und Anpassung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur unter verstärkter Berücksichtigung von Klimawandel und demographischer Entwicklung besitzen auch künftig hohe Priorität.

Sie bilden die Voraussetzungen für einen stabilen Betrieb der Anlagen, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit weit über unsere heutige Zeit und Generation hinaus.

Erste Überlegungen zur Einführung einer Neuen Tarifstruktur, die ihren Schwerpunkt auf die permanente Vorhaltung der Dienstleistung Wasserversorgung und des damit verbundenen hohen Fixkostenanteils legt, wurden in den öffentlichen Verbandsversammlungen im September und Dezember 2014 vorgestellt.

Damit wird ein Beitrag zu mehr wirtschaftlicher Stabilität und auskömmliche Wasserpreise bei rückgängigen Wasserverkauf aufgrund der demographischen Entwicklung in der Zukunft gelegt.

Es ist geplant, und alle vorsichtigen Prognosen und Annahmen sprechen aus heutiger Sicht dafür, dass die Anhebung bzw. Anpassung der Wasserpreise bei gleichzeitiger kontinuierlicher Abschmelzung der Rücklagen frühestens zu Beginn des Jahres 2017 erfolgen wird.

Diese Prognose hängt auch davon ab, ob sich die Neue Tarifstruktur mit den dafür erforderlichen politischen Mehrheiten in der Verbandsversammlung am Ende durchsetzen wird.

Freital, 22. Oktober 2015

gez. Klaus Mättig
Vorsitzender
Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Vorwort	2
2. Verbandsspezifischer Teil	5
2.1 Rechtliche Verhältnisse	5
2.2 Mitglieder in der Verbandsversammlung im Berichtszeitraum 2014	6
2.3 Mitglieder des Verwaltungsrates	7
2.4 Unternehmensgegenstand/Unternehmenszweck	8
2.5 Wirtschaftliche Verhältnisse	9
2.5.1 Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2014	9
2.6 Finanzbeziehungen zwischen dem Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe und der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH	10
2.6.1 Ergebnisrechnung	11
2.6.2 Finanzrechnung	12
3. Unternehmensspezifischer Teil	12
3.1 Rechtliche Verhältnisse	12
3.2 Unternehmensangaben zur Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH	13
3.3 Bilanz und Leistungskennzahlen	14
3.3.1 Beschreibung der Kennzahlen	14
3.3.2 Übersicht über die Kennzahlen und deren Bewertung	17
3.4 Lagebeurteilung der Gesellschaft	18
4. Impressum	28
5. Anhang	
Auszug aus dem Jahresabschluss des TWZ 2014	
Ansatz des Beteiligungswertes der Verbandsmitglieder	

2. Verbandsspezifischer Teil

2.1 Rechtliche Verhältnisse

Der Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe (TWZ) entstand im Ergebnis der Kommunalisierung der ehemals über den gesamten Regierungsbezirk Dresden wirkenden Wasser- und Abwasserbehandlung Dresden GmbH. Er hat seine wirtschaftliche Tätigkeit zum 01.01.1994 aufgenommen.

Die Verbandssatzung und ihre Genehmigung durch das Regierungspräsidium Dresden wurden im Sächsischen Amtsblatt Nr. 52/1993, S. 1280 vom 25. November 1993 öffentlich bekannt gemacht.

Der TWZ führte aufgrund von Zweifeln des Verwaltungsgerichtes Dresden hinsichtlich seiner rechtmäßigen Gründung im Jahr 2002 eine Sicherheitsneugründung durch.

Die Bekanntmachung des Landratsamtes Weißeritzkreis über die Genehmigung der Verbandssatzung/Änderungssatzung zur Verbandssatzung des TWZ wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 43/2002, S. 1109 vom 24. Oktober 2002 öffentlich bekannt gemacht.

Der Sitz des TWZ ist auf der Dresdner Straße 301 in 01705 Freital. Das Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr. Der TWZ beschäftigt kein Personal. Die Aufgaben des TWZ und hier insbesondere seine hoheitliche Tätigkeit werden durch seine Eigengesellschaft, die Firma Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, vorbereitet.

Die Verbandssatzung wurde in der 33. Verbandsversammlung am 11. Dezember 2008 geändert. Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge genehmigte die Satzungsänderung. Die 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 11/2009, S. 553 vom 12. März 2009 öffentlich bekannt gemacht.

Sie sorgte für eine Klarstellung zur Stimmenverteilung der Verbandsmitglieder.

In der 36. Verbandsversammlung am 22. Juli 2010 wurde die Verbandssatzung erneut geändert. Die Prüfung der Jahresrechnung wurde im § 16 so geregelt bzw. erweitert, dass nunmehr ein kommunales Rechnungsprüfungsamt oder ein kommunaler Rechnungsprüfer, ein Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Verbandsversammlung zum Rechnungsprüfer bestellt werden kann.

Die 2. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 42/2010, S. 1518 vom 21. Oktober 2010 öffentlich bekannt gemacht.

Aufgrund der Ergebnisse der überörtlichen Prüfung des Verbandes durch das Rechnungsprüfungsamt Löbau wurde die Verbandssatzung am 11. Dezember 2014 in der 45. Verbandsversammlung erneut geändert und die Neufassung, einschließlich Genehmigung, am 05. Februar 2015 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 6/2015, S. 205 ff. öffentlich bekannt gemacht.

2.2 Mitglieder in der Verbandsversammlung im Berichtszeitraum 2014

Die Stimmenverteilung wurde auf der Grundlage von § 125 SächsGemO (Stichtag 30.06. des Vorjahres) ermittelt und stellt sich wie folgt dar:

Stadt/Gemeinde	Einwohner 2014	Veränderung zu 2013	Stimmenanzahl 2014	Veränderung zu 2013
Altenberg	8.307	-190	9	0
Bannewitz	10.455	-190	11	0
Dippoldiswalde	14.443	4.286	15	4
Dorfhain	1.117	-16	2	0
Freital	39.001	-446	40	0
Glashütte	6.879	-133	7	-1
Klingenberg	6.891	-95	7	-1
Kreischa für OT Sobrigau, Bärenklause-Kautzsch	797	-4	1	0
Wilsdruff für OT Mohorn, Grund, Herzogswalde	2.063	4	3	0
Rabenau	4.328	-97	5	0
Tharandt	5.304	-116	6	0
2014 (30.06.2013)	99.585		106	
2013 (30.06.2012)	101.028		<u>108</u>	
Differenz	-1.443		-2	
2013	-1,43%			
2003	107.560		116	
Differenz 2014	-7.975		-10	
	<u>-7,41 %</u>			
Rückgang p.a.	0,70 %			

Die Verbandsgemeinden haben gegenüber dem Berichtsjahr 2013 1.443 Einwohner verloren. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang in Höhe von 1,43%. Bezieht man sich jedoch auf 2002, beträgt der Bevölkerungsrückgang in Summe bereits 7.975 Einwohner bzw. 7,41 % oder 0,70 % per annum.

Dieser Trend wird sich entsprechend den Prognosen des Statistischen Landesamtes Sachsen zwar regional in unterschiedlicher Ausprägung, aber doch insgesamt weiter fortsetzen.

Die Ursache für die Verminderung der Gesamtstimmenzahl um zwei Stimmen liegt im Zusammenschluss der Gemeinde Schmiedeberg mit der Großen Kreisstadt Dippoldiswalde. Insoweit hat sich die Anzahl der Verbandsmitglieder von 12 im Jahr 2013 auf 11 im Jahr 2014 verringert. Der Verband hatte 1993 in seinem Gründungsjahr 35 Verbandsmitglieder.

Der Bevölkerungsrückgang hat mittelfristig Auswirkungen auf den Trinkwasserabsatz. Er wird weiter moderat sinken. Bei konstanten Fixkosten, welche unabhängig von der Höhe der Trinkwasserentnahme anfallen und mehr als 85% der Gesamtkosten betragen, können die Mindereinnahmen aus dem Bevölkerungsrückgang bzw. der demographischen Entwicklung auf der einen und die durchschnittliche Teuerung durch Inflation auf der anderen Seite selbst bei voller Ausschöpfung des Rationalisierungspotentials im Unternehmen mittelfristig nur über die Anhebung der Wasserentgelte kompensiert werden.

2.3 Mitglieder des Verwaltungsrates

Verbandsvorsitzender

Herr Mättig
Oberbürgermeister der
GROSSEN KREISSTADT FREITAL

1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden bis zum 18. September 2014

Herr Kerndt
Oberbürgermeister der
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

2. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden bis zum 18. September 2014

danach

1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Herr Dreßler
Bürgermeister der Stadt Glashütte

2. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden ab 18. September 2014

Herr Fröse

Bürgermeister der Gemeinde Bannewitz

Herr Kirsten

Bürgermeister der Stadt Altenberg

Herr Paul

Bürgermeister der Stadt Rabenau

Herr Peter ab 18. September 2014

Oberbürgermeister der
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

Herr Rother

Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

2.4 Unternehmensgegenstand/Unternehmenszweck

Aufgabe des Verbandes ist die öffentliche Wasserversorgung in seinem Gebiet. Er ist Träger der öffentlichen Wasserversorgung gem. § 57 Abs. 1 SächsWG. Die Aufgabenträgerschaft erstreckt sich nicht auf Wasserversorgungen, die von Verbandsmitgliedern oder Dritten betrieben werden.

Der Verband bedient sich zur Durchführung der öffentlichen Wasserversorgung einer Eigengesellschaft mit dem Namen "Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH" (WVWGmbH), in deren Eigentum die im Verbandsgebiet vorhandenen Wasserversorgungsanlagen stehen und die im Verhältnis zu den Kunden im eigenen Namen und für eigene Rechnung tätig wird.

Näheres regelt der zwischen dem Verband und der Gesellschaft abgeschlossene Versorgungsvertrag. Der TWZ hält zu 100 % die Anteile an der WVWGmbH.

Der Verband kann für Mitgliedsgemeinden oder deren Verbände Dienstleistungen, einschließlich Betriebsführung, insbesondere auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung, durchführen. Der Verband wird sich hierzu seiner Gesellschaft bedienen. Einzelheiten sind vertraglich zu regeln.

2.5 Wirtschaftliche Verhältnisse

Der TWZ hat die Aufgabe der Wasserversorgung auf seine Eigengesellschaft übertragen. Seine Tätigkeit besteht in der Verwaltung seiner Beteiligung an der WVGmbH, in der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben, insbesondere zur Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs, der Beantragung und Weiterleitung von Fördermitteln und der Übernahme von Bürgschaften zur Inanspruchnahme zinsverbilligter Kommunaldarlehen durch seine Eigengesellschaft. Der Verband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

2.5.1 Rechenschaftsbericht des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe für das Haushaltsjahr 2014

Im Haushaltsjahr 2014 haben zwei Verwaltungsratssitzungen, eine im Juni und eine im Oktober, stattgefunden. Der Verwaltungsrat war zu beiden Sitzungen beschlussfähig. Er bereitete die Beschlussvorlagen für die Verbandsversammlungen vor.

Die 44. Verbandsversammlung fand am 18. September 2014 und die 45. Verbandsversammlung am 11. Dezember 2014 im Wasserwerk Klingenberg statt. Die Zustimmung der Verbandsräte

- zur Feststellung des Jahresabschlusses der Eigengesellschaft Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH (WVGmbH) und zur Entlastung des Aufsichtsrates für das Wirtschaftsjahr 2013,
- zum Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 265.090,58 € auf neue Rechnung,
- zur Feststellung der Jahresrechnung des TWZ für das Haushaltsjahr 2013,

waren wesentliche Entscheidungen der 44. Verbandsversammlung. Sie waren zudem Inhalt und Gegenstand der Beschlüsse in der 27. Gesellschafterversammlung am 26. September 2014.

Ein weiterer wesentlicher Tagesordnungspunkt der 44. Verbandsversammlung war die Information über die Abfrage der Wohnungen pro Grundstück als eine mögliche neue Bemessungsgrundlage des Grundpreises sowie die umfassende Darstellung der langfristigen Entwicklungen (Trends) von Aufwand und Absatz für die nächsten Jahrzehnte.

In der 45. Verbandsversammlung wurde die Haushaltssatzung des TWZ für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen und der Verbandsvorsitzende ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung die Finanzierung des Verwaltungshaushaltes einschließlich Steuern in Höhe von 22.335 € durch Ausschüttung/Auskehrung aus der Kapitalrücklage der Gesellschaft sicherzustellen.

Die Aussprache und der Beschluss zur Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften für Investitionen der Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2015 war Gegenstand der 45. Verbandsversammlung.

Ein Schwerpunkt der 45. Verbandsversammlung war die Vorstellung des Prüfberichtes des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Löbau über die überörtliche Prüfung des Verbandes für die Haushaltsjahre 2002 bis 2012. In diesem Zusammenhang wurden die Änderung der Verbandssatzung, die Änderung der Geschäftsordnung sowie die Änderung der Entschädigungssatzung beschlossen.

Darüber hinaus wurde in der 45. Verbandsversammlung die ersten Berechnungsergebnisse zur Erhebung des Grundpreises pro Wohneinheit vorgestellt. Die umfangreiche Darstellung einer neuen möglichen Tarifstruktur und ihre Auswirkungen auf unterschiedliche Verbrauchergruppen basierte auf der Grundlage des bisherigen Preismodells im direkten Vergleich zu einer möglichen Variante von 50% Arbeitspreis und 50% Grundpreis sowie 40 % Arbeitspreis und 60% Grundpreis.

2.6 Finanzbeziehungen zwischen dem Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe und der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH

Zu den Finanzbeziehungen gehören gem. § 99 Abs. 2 SächsGemO folgende Informationen:

- die Summe aller Gewinnabführungen der Unternehmen an den TWZ,
- die Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse, die vom TWZ an Unternehmen geflossen sind, an denen der TWZ beteiligt ist. Hierzu zählen z.B. Darlehen zu Vorzugsbedingungen oder Darlehen, die aus Bonitäts- oder Wirtschaftsgründen von einem privaten Kreditinstitut nicht gewährt worden wären,
- die Summe aller sonstigen Vergünstigungen, die der TWZ Unternehmen gewährt hat, an denen er beteiligt ist und
- die Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, die zugunsten von Unternehmen ausgereicht wurden, an denen der TWZ beteiligt ist.

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der WVGmbH und dem Zweckverband:

Leistungen der WVGmbH an den Zweckverband	2013	2014	Änderung
Gewinnabführungen	keine	keine	
Leistungen des Zweckverbandes an die WVGmbH	2013	2014	Änderung
Laufende Umlagen	keine	keine	
Investive Umlagen	keine	keine	
Inanspruchnahme v. übernommenen Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen	57.853,7 T€ T€	58.439,7 T€	586,0 T€ + 1,01 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	keine	keine	
Sonstige Vergünstigungen	keine	keine	
Sonstige Zuschüsse	keine	keine	

Bei den oben aufgeführten Zahlen handelt es sich um die tatsächliche Inanspruchnahme des TWZ aus der Bürgschaftsübernahme für seine Eigengesellschaft. Das Bürgschaftsvolumen des TWZ beläuft sich zum 31.12.2014 auf 82.952,1 T€. Die tatsächliche Inanspruchnahme des Bürgschaftsrahmens beträgt im Jahr für 2014 70,6 %.

Die Differenz zwischen Kreditaufnahme (Bürgschaftsvolumen) und der ausgewiesenen Restschuld (58.439,7 T€) in Höhe von 24.512,4 T€ ist auf planmäßige Tilgungen der Darlehen aus erwirtschafteten Abschreibungen der Gesellschaft zurückzuführen.

Gegenüber 2013 ergibt sich für die Verschuldung mit einem Plus von 1,01 % nur eine marginale Veränderung zum 31. Dezember 2014.

2.6.1 Ergebnisrechnung

Die im Ergebnishaushalt planmäßig veranschlagten Aufwendungen für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand in Höhe von 22.335,00 € wurden mit 16.014,41 € bzw. 71,7 % in Anspruch genommen. Diese Aufwendungen sind durch eine Ausschüttung der Gesellschaft aus der Kapitalrücklage zu finanzieren. In dieser Bruttoausschüttung sind neben den sächlichen Aufwendungen in Höhe von 13.480,29 € Kapitalertragsteuer sowie Solidaritätszuschlag in Höhe von 2.534,12 € berücksichtigt.

Die Veränderung des Basiskapitals des TWZ zum 31.12.2014 in Höhe von 60.113,30 € resultiert aus der Veränderung des im Zusammenhang mit der Beschlussfassung der 44. Verbandsversammlung zum Ergebnis der Jahresrechnung 2013 und dem entsprechenden Ausgleich der Aufwendungen durch die Gesellschaft in Höhe von 22.623,54 € sowie dem im Jahr 2014 erzielten Jahresüberschuss der WVGmbH in Höhe von 82.736,84 €.

2.6.2 Finanzrechnung

Der Finanzhaushalt weist ein geplantes Haushaltsvolumen in Höhe von 0,00 € auf, weil der Verband aufgrund des Auslaufens der Förderperiode für wasserwirtschaftliche Maßnahmen planmäßig keine Fördermittel erhalten hat.

Kreditermächtigungen für den TWZ wurden nicht ausgewiesen, da für die zinsverbilligten Kommunaldarlehen ausschließlich die Gesellschaft in Verbindung mit der Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften durch den Verband direkter Darlehensnehmer war.

Auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 08VB/2013 der 43. Verbandsversammlung vom 12. Dezember 2013 hat der TWZ im Jahr 2014 für ein zinsverbilligtes Kommunaldarlehen zur Finanzierung der Investitionstätigkeit bei der SAB Sächsische Aufbau-Bank in Höhe von 3.250,0 T€ gebürgt. Die Bürgschaft wurde von der Kommunalaufsicht mit Bescheid vom 23.09.2014 genehmigt.

3. Unternehmensspezifischer Teil

Der unternehmensspezifische Teil erfasst die gleichen Beteiligungsberichtsunternehmen wie § 99 Absatz 2 SächsGemO, jedoch mit einer Ausnahme: Beteiligungen unterhalb von 5%. Zudem werden im unternehmensspezifischen Teil keine Eigenbetriebe dargestellt.

Im unternehmensspezifischen Teil des Beteiligungsberichtes des TWZ finden Sie drei Unterteile:

- den Bericht über die Unternehmensstruktur gem. § 99 Abs. 2 Nr. 1 SächsGemO
- den Bericht über die Kennzahlenentwicklung gem. § 99 Abs. 2 Nr. 2 SächsGemO
- den Lagebericht, einschließlich Geschäftsverlauf, gem. § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO

3.1 Rechtliche Verhältnisse

Der TWZ hat rückwirkend zum 01.01.1998 die WWVGmbH, eine Eigengesellschaft, an welcher der Verband zu 100 % beteiligt ist, gegründet. Die WWVGmbH ist im eigenen Namen, für eigene Rechnung und mit eigenem Personal tätig.

3.2 Unternehmensangaben zur Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH

Die Stammeinlage der Gesellschaft beträgt nach Änderung des Gesellschaftsvertrages im Oktober 2004 511.300,00 €. Der Nettowert des Vermögens auf der Grundlage der Schlussbilanz zum 31.12.1997 wurde mit 12.906.015,32 € festgesetzt.

Mit Bescheid des Landratsamtes Weißeritzkreis vom 17. Juli 1998 wurde die Gründung der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH rechtsaufsichtsbehördlich genehmigt. Die Gesellschaft wurde durch das Amtsgericht Dresden (Registergericht) am 11. November 1998 in das Handelsregister unter der Registriernummer HRB 16535 eingetragen.

Der TWZ ist alleiniger Gesellschafter der WWVGmbH. Es liegen keine Unterbeteiligungen vor. Der Sitz der Gesellschaft ist auf der Dresdner Straße 301 in 01705 Freital.

Geschäftsführer: Herr Frank Kukuczka

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Mättig
Oberbürgermeister der
GROSSEN KREISSTADT FREITAL

1. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden bis zum 18. September 2014

Herr Kerndt
Oberbürgermeister der
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

2. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden bis zum 18. September 2014

danach

1. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden

Herr Dreßler
Bürgermeister der Stadt Glashütte

2. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden ab 18. September 2014

Herr Fröse
Bürgermeister der Gemeinde Bannewitz

Herr Kirsten
Bürgermeister der Stadt Altenberg

Herr Paul
Bürgermeister der Stadt Rabenau

Herr Peter ab 18. September 2014

Oberbürgermeister der
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

Herr Rother
Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

Herr Schreckenbach
Bürgermeister der Gemeinde Klingenberg

Anzahl der Mitarbeiter gesamt:

01.01.2014	72, davon	33 Angestellte, 39 Arbeiter
31.12.2014	73, davon	34 Angestellte, 39 Arbeiter

Den vorbenannten Zahlen sind 2 Azubi hinzuzurechnen.

Abschlussprüfer: BDO Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Am Waldschlößchen 2
01099 Dresden

3.3 Bilanz und Leistungskennzahlen

3.3.1 Beschreibung der Kennzahlen

Im Kennziffernteil dieses Berichts werden folgende Kennziffern verwendet:

Die **Personalintensität** (PI) wird unter Zuhilfenahme der Größen Personalaufwand (PA) und Umsatz (U) wie folgt berechnet:

$$PI = PA/U * 100 \text{ in } \%$$

Die **Arbeitsproduktivität** (PFA) bzw. die Produktivität des Faktors Arbeit wird unter Zuhilfenahme der Größen Umsatz (U) und Zahl der Beschäftigten (B) wie folgt errechnet:

$$PFA = U/B \text{ in T€ / Mitarbeiter.}$$

Beide vorbenannten Kennziffern zeigen deutlich die Bemühungen der Gesellschaft, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse stetig zu konsolidieren.

Die **Anlagenintensität** (AI) charakterisiert die Vermögensstruktur. Die Anlagenintensität wird unter Zuhilfenahme der Größen Anlagevermögen (AV) und Gesamtvermögen (GV) errechnet:

$$AI = AV/GV * 100 \text{ in } \%$$

Die **Fremdkapitalquote** (FQ) kennzeichnet das Verhältnis von Fremdkapital zum Gesamtkapital. Die Fremdkapitalquote wird unter Zuhilfenahme der Größen Fremdkapital (FK) und Gesamtkapital (GK) wie folgt berechnet:

$$FQ = FK/GK \times 100 \text{ in } \%$$

Zum Fremdkapital zählen neben Darlehen auch Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (z.B. Darlehensübernahme Pretzschendorf) sowie Rückstellungen.

Aufgrund der Tatsache, dass es politischer Wille war, keine Beiträge zur Finanzierung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur zu erheben, mussten der Verband und später die Gesellschaft neben Fördermitteln auch erhebliche Darlehen zur Finanzierung der notwendigen Baumaßnahmen einsetzen.

Insofern ist es logisch und konsequent, dass aufgrund des desolaten Zustandes der Anlagen zu Beginn der 90-er Jahre die Fremdkapitalquote der Gesellschaft höher als bei besser ausgestatteten Aufgabenträgern ausfallen muss.

Die **Investitionsdeckung** (ID) wird unter Zuhilfenahme der Größen Abschreibungen auf das Sach- und Anlagevermögen (SAV) und Nettoinvestitionen (N) in das SAV des Geschäftsjahres wie folgt berechnet:

$$ID = SAV/N \times 100.$$

Der Wert, den ID einnimmt, beschreibt, in welchem Maße die Neuinvestitionen aus Abschreibungsgegenwerten finanziert werden konnten.

Die **wirtschaftliche Eigenkapitalquote** (EQ) ist das Spiegelbild der Fremdkapitalquote. Sie wird unter Zuhilfenahme der Größen Eigenkapital (EK) und Gesamtkapital (GK) wie folgt errechnet:

$$EQ = EK/GK \times 100 \text{ in } \%.$$

Die **Eigenkapitalreichweite** (EKR) ist für die Kapitalstrukturanalyse auch unter der Bezeichnung Eigenkapitalrentabilität bekannt. Die Eigenkapitalrentabilität wird unter Zuhilfenahme der Größen Jahresfehlbetrag (JF) bzw. Jahresüberschuss (JO) und Eigenkapital (EK) wie folgt berechnet:

$$\text{bei Jahresüberschuss: } EKR = JO / EK \times 100; \quad \text{bei Jahresfehlbetrag: } EKR = EK / JF$$

Wenn es zu einem Verlustausgleich durch die Gemeinde kommt, erfolgt eine zweifache Berechnung und Darstellung der Eigenkapitalrentabilität: einmal mit und einmal ohne Verlustausgleich durch die Gemeinde.

Die **kurzfristige Liquidität** (LQ_3) ist die sog. Liquidität 3. Grades. Sie wird unter Zuhilfenahme der Größen Umlaufvermögen (UV) und kurzfristiges Fremdkapital (kFK) wie folgt berechnet:

$$LQ_3 = UV/kFK \times 100 \text{ in } \%$$

Bei der Liquiditätsanalyse geht es zunächst einmal um die Einhaltung von Deckungsregeln. Damit ist die Frage der Fristenkongruenz gemeint. Langfristig im Unternehmen gebundenes Vermögen muss langfristig finanziert und kurzfristig gebundenes Vermögen kann kurzfristig finanziert werden.

So wichtig diese sog. goldene Bilanzregel auch ist, muss gleichwohl der Aussagewert der Liquiditätskennziffer hinterfragt werden. Sie wird im Beteiligungsbericht des TWZ verwendet, weil der Gesetzgeber der Gemeindeordnung die Verwendung dieser Kennziffer empfohlen hat.

Die **Gesamtkapitalrendite** (GKR) oder Gesamtkapitalrentabilität wird unter Zuhilfenahme der Größen Jahresüberschuss/ -fehlbetrag (J) + Zinsaufwand (Z) auf der einen Seite dividiert durch Gesamtkapital (GK) auf der anderen Seite wie folgt berechnet:

$$GKR = (J + Z) / GK \times 100 \text{ in } \%$$

Das Ergebnis beschreibt die Effizienz und Verzinsung des gesamten im Unternehmen eingesetzten Kapitals.

Die **Effektivverschuldung** (ES) weist die Schulden aus, die nicht durch kurzfristiges Vermögen abgedeckt sind. Zur Ermittlung dieser Kennziffer wird vom Fremdkapital (FK) das kurzfristige Vermögen (kV) abgezogen. Zum kurzfristigen Vermögen gehören die liquiden Mittel und die Forderungen:

$$ES = FK - kV \text{ in T€}.$$

3.3.2 Übersicht über die Kennzahlen und deren Bewertung

	2011	2012	2013	2014
Personalintensität in %	<u>29,0</u>	<u>28,8</u>	<u>28,9</u>	<u>30,7</u>
Personalkosten (T€)	3.794	3.845	3.843	4.135
Umsatz (T€)	13.088	13.349	13.286	13.483
Arbeitsproduktivität (T€)	<u>176,9</u>	<u>188,0</u>	<u>184,5</u>	<u>187,3</u>
Umsatz (T€)	13.088	13.349	13.286	13.483
Anzahl Mitarbeiter, ohne Azubi	74	71	72	72
Zunahme/Abnahme Mitarbeiter in %	0,00	-4,05	1,41	0,00
Zunahme/Abnahme Personalkosten in %	0,92	1,35	-0,05	7,60
Anlagenintensität in %	<u>85,7</u>	<u>85,4</u>	<u>85,7</u>	<u>84,5</u>
Anlagevermögen (T€)	77.231	77.838	78.766	78.401
Bilanzsumme (T€)	90.154	91.112	91.950	92.791
Fremdkapitalquote in %	<u>69,0</u>	<u>69,1</u>	<u>68,9</u>	<u>69,4</u>
Fremdkapital (T€)	62.228	62.992	63.389	64.389
Gesamtkapital (T€)	90.154	91.112	91.950	92.791
Investitionsdeckung in %	<u>104,9</u>	<u>85,3</u>	<u>76,5</u>	<u>109,7</u>
Abschreibungen (T€)	3.601	3.639	3.584	3.627
Investitionen (T€)	3.433	4.266	4.684	3.307
wirtschaftl. Eigenkapitalquote in %	<u>31,0</u>	<u>30,9</u>	<u>31,1</u>	<u>30,6</u>
Eigenkapital (T€)	27.926	28.190	28.561	28.402
Gesamtkapital (T€)	90.154	91.112	91.950	92.791
Eigenkapitalreichweite in %	<u>9,8</u>	<u>1,6</u>	<u>0,9</u>	<u>0,3</u>
Jahresüberschuss /- fehlbetrag (T€)	2.726	453	265	83
Eigenkapital (T€)	27.926	28.190	28.561	28.402
kurzfristige Liquidität in %	<u>186,1</u>	<u>178,2</u>	<u>186,0</u>	<u>191,7</u>
kurzfristiges Umlaufvermögen (T€)	12.913	13.265	13.123	14.218
kurzfristige Verbindlichkeiten (T€)	6.940	7.443	7.056	7.417
Gesamtkapitalrendite in %	<u>5,1</u>	<u>2,5</u>	<u>2,2</u>	<u>2,0</u>
Jahresüberschuss/-fehlbetrag+ Zinsen	4.623	2.295	2.040	1.865
Gesamtkapital	90.154	91.112	91.950	92.791
Langfristiger FK-Anteil in %	<u>88,8</u>	<u>88,1</u>	<u>88,9</u>	<u>88,5</u>
langf. Fremdkapital	55.288	55.479	56.333	56.972
Fremdkapital	62.228	62.992	63.389	64.389
Effektivverschuldung in T€	<u>49.315</u>	<u>49.727</u>	<u>50.266</u>	<u>49.997</u>
Fremdkapital (T€) abzüglich des	62.228	62.992	63.389	64.389
kurzfristigen Umlaufvermögens (T€)	12.913	13.265	13.123	14.390

3.4 Lagebeurteilung der Gesellschaft

I. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr haben drei Aufsichtsratssitzungen, eine am 19. Juni, eine am 09. Oktober und eine am 01. Dezember 2014 stattgefunden.

Am 19. Juni 2014 wurden im Wesentlichen die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2013 besprochen. Der Aufsichtsrat empfahl der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss festzustellen, den Aufsichtsrat zu entlasten und das positive Ergebnis in Höhe von 265,1 T€ auf neue Rechnung vorzutragen. Der Geschäftsführer gab Auskunft über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft.

Ein weiterer Schwerpunkt bestand in der ausführlichen Diskussion eines neuen Ansatzes zur Erhebung der Wasserentgelte, der sowohl der demographischen Entwicklung als auch der Kostenstruktur in der Wasserversorgung mehr als bisher Rechnung trägt. Das Ziel der Überlegungen besteht darin, die Wasserversorgung in den nächsten Jahrzehnten mit einem Neuen Preismodell ein Stück weit zukunftsfähiger zu machen.

Die Größe der Messeinrichtung als Bemessungsgrundlage für den Grundpreis widerspricht der vorbenannten Zielsetzung, nämlich, die Gesellschaft mit einem höheren Grundpreisanteil von der Absatzentwicklung weiter abzukoppeln und die Lasten aus der Vorhaltung der Wasserversorgung gerechter auf die gesamte Abnehmerschaft zu verteilen.

In der gesamten Branche wird zunehmend die Wohnung für die Ermittlung des Grundpreises herangezogen.

Im Oktober 2014 hat der Aufsichtsrat in seiner 40. Sitzung den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 beraten und im Ergebnis einstimmig gebilligt. Die Geschäftsführung informierte den Aufsichtsrat erneut über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft. Es gab keine Anhaltspunkte, welche die Vorgaben aus der Planung ernsthaft in Frage stellen würden.

Darüber hinaus wurde, soweit die Gesellschaft direkt betroffen war, über die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe durch das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Löbau informiert. Entsprechende Beschlüsse zur Klarstellung einiger Feststellungen und der Behebung aufgezeigter Defizite wurden gefasst und zur weiteren Umsetzung an den Verwaltungsrat bzw. die Verbandsversammlung weitergeleitet.

In der Aufsichtsratssitzung im Dezember 2014 sind die weiter präzisierten Vorstellungen der Geschäftsführung zur konkreten Ausgestaltung des Neuen Preismodells und der beabsichtigte Vortrag, der in der 45. Verbandsversammlung am 11. Dezember 2014 vorgestellt werden sollte, beraten worden.

Aufgrund der Gemeinde- und Stadtratswahlen im Mai 2014 und der sich anschließenden Wahl der Verbandsräte des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe musste zur Sicherstellung der Beschlussfähigkeit die 44. Verbandsversammlung vom Juli auf den September verschoben werden.

An die 44. Verbandsversammlung vom 18. September schloss sich am 26. September 2014 die 27. Gesellschafterversammlung nahtlos an. In der Gesellschafterversammlung wurden im Wesentlichen der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2013 festgestellt, der Aufsichtsrat entlastet und beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von 265,1 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Am 16. Dezember 2014 wurde im Nachgang an die 45. Verbandsversammlung vom 11. Dezember 2014 eine weitere Gesellschafterversammlung durchgeführt. In der 28. Gesellschafterversammlung wurden u.a. die Beschlüsse der Verbandsversammlung zur verpflichtenden Anwendung des Gesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge im Freistaat Sachsen und die Änderung des Preisblattes Wassertarif bezüglich der Europäischen Messgeräte-richtlinie umgesetzt.

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 wurde im August/September 2013 von der Geschäftsführung aufgestellt. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes wurden die Planzahlen aus den Vorjahren unter Berücksichtigung der Ergebnisse der letzten Jahresabschlüsse ergänzt und fortgeschrieben. Dort, wo es nötig war, wurden Anpassungen und Präzisierungen vorgenommen.

Die Wasserbruttoförderung, inklusive des Wasserbezuges von Dritten, fiel mit insgesamt 5.174,8 Tm³/a um 36,6 Tm³/a bzw. 0,71 % niedriger als im Vorjahr aus.

Der Eigenwasserverbrauch zum Betrieb der beiden Wasserwerke in Altenberg und Klingenberg kann mit 523,0 Tm³ bzw. 10,1% der Jahreswasserbruttoförderung angegeben werden. Der Eigenverbrauch ist gegenüber dem Vorjahr um 10,4 Tm³ leicht gesunken. Für notwendige Spülungen des Rohrnetzes und der Hydranten sowie zur Reinigung der Hochbehälter wurden 70,1 Tm³ Wasser benötigt.

Die Rohrnetzverluste, einschließlich Fremdwasserentnahmen (z.B. Feuerwehr), haben sich von 261,1 Tm³ (i.Vj.) um 97,0 Tm³ bzw. 3,2 % auf 164,1 Tm³ verringert.

Aufgrund der Tatsache, dass die Gesellschaft aus wirtschaftlichen Gründen die Wasserverbräuche im rollierenden Verfahren innerhalb einer qualifizierten bzw. maschinellen Schätzung (Hochrechnung der Vorjahresverbräuche) abrechnet und deshalb keine Stichtagsablesung zum Jahresende vornimmt, sind die ermittelten Rohrnetzverluste insoweit nur vorläufig.

Insgesamt waren die Rohrnetzverluste (1990: > 50 %) in den letzten beiden Jahrzehnten aufgrund der permanenten Anstrengungen der Gesellschaft zur planmäßigen Erneuerung des Leitungsbestandes stetig rückläufig und haben sich nunmehr auf niedrigem Niveau stabilisiert.

Auf der Grundlage des Arbeitsblattes W 392 der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) betragen die spezifischen Wasserverluste bezogen auf das gesamte Leitungsnetz (956 km), ohne die Berücksichtigung von Hausanschlussleitungen $0,02 \text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{km})$.

Bei überwiegend ländlich geprägten Versorgungsstrukturen werden spezifische Wasserverluste im Bereich bis $0,05 \text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{km})$ der Kategorie „geringe Wasserverluste“ zugeordnet.

Obwohl der für 2014 ermittelte Durchschnittswert dem vorgegebenen Bereich zuzuordnen ist, ergibt sich gleichwohl aufgrund der ungünstigen Verteilung des Rohrnetzalters über den gesamten Leitungsbestand hinweg ein sehr viel differenzierteres Bild. Versorgungsgebiete bzw. Leitungsabschnitte mit sehr hohen spezifischen Wasserverlusten stehen solchen mit sehr geringen gegenüber.

Die Gesellschaft hält auch künftig bei Unterstellung einer 100-jährigen Nutzungsdauer daran fest, mindestens 1 % des Leitungsbestandes, inklusive Hausanschlüsse, pro Jahr zu erneuern. Allein hierfür sind bei Annahme von durchschnittlich 200 € pro Meter jedes Jahr 2.514 T€ aufzubringen.

Aufgrund der kontinuierlichen Investitionen in den Netzausbau in den letzten beiden Jahrzehnten mussten 2014 23 Rohrbrüche weniger als 2013 repariert werden. Insgesamt mussten 139 Schäden auf Rohrleitungen registriert werden.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 139 Rohrbrüche (i.Vj. 162; 1990: ca. 1.400) beseitigt, 37 Hausanschlüsse (i.Vj. 31) vom Versorgungsnetz getrennt, 13 defekte Armaturen (i.Vj. 10) ausgetauscht, 183 Neuanschlüsse (i.Vj. 214) hergestellt und 148 Hausanschlüsse (i.Vj. 187) ausgewechselt.

Auf Versorgungsleitungen (956 km) bezogen, ergibt sich bei 66 Rohrbrüchen eine Quote von 0,07 Rohrbrüche auf 1 km Rohrnetz und 3,0 Rohrbrüche pro 1.000 Hausanschlüsse (23.991 Stk.). Beide Kennzahlen werden u.a. zur Beurteilung des technischen Zustandes eines Rohrleitungsnetzes herangezogen.

Im Arbeitsblatt des DVGW W 400-3 als allgemein anerkannte Regel der Technik werden Rohrnetze mit vorbenannten Kennzahlen in die Kategorie „niedrige Schadensrate“ eingeordnet. Diese Einschätzung korrespondiert mit der Kennziffer „geringe Wasserverluste“. Ergänzend muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es sich hier um Durchschnittswerte handelt, die je nach dem Erhaltungsgrad der Rohrnetzbereiche starken Schwankungen unterliegen.

Insgesamt belief sich die Zahl der Einzelbaumaßnahmen unter Berücksichtigung der Kategorie „sonstige Baumaßnahmen“ (193 Stk.) auf 713 (i.Vj. 805). 79,6 % der vorbenannten Baumaßnahmen wurden durch eigenes Personal realisiert. Detaillierte Auswertungen aus den Vorjahren haben gezeigt, dass neben der permanenten und schnellen Verfügbarkeit eigenen Personals dieses auch imstande war, die Bauleistungen gleich oder günstiger, als es die Vergabe an Dritte ergeben hätte, zu realisieren.

Fremdfirmen haben im Zuge des Austausches alter und verschlissener Versorgungsleitungen 73 (i.Vj. 94) Hausanschlüsse erneuert.

Der in den letzten Jahren festgestellte Trend des Rückganges von Tiefbaumaßnahmen setzt sich seit 2013 nicht fort. Die weitere Entwicklung wird zu beobachten sein. Kurzfristige Änderungen am Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdleistungen sind nicht geplant.

Von den 139 Rohrbrüchen ereigneten sich mehr als die Hälfte, nämlich, 73 auf Hausanschlussleitungen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass alle Hausanschlüsse zusammen ca. 20 % des Rohrleitungsbestandes ausmachen, ist die Rohrbruchhäufigkeit auf Hausanschlussleitungen 4,3-mal so hoch wie auf Versorgungsleitungen.

Es ist deshalb auch weiterhin wichtig bei allen Grundstückseigentümern dafür zu werben, dass bei der Erneuerung der Versorgungsleitungen gleichzeitig die verschlissenen Hausanschlüsse über den öffentlichen Bereich hinaus auch auf dem privaten Grundstück mit ausgetauscht werden.

Die durchgeführten Investitionen der letzten beiden Jahrzehnte führten spürbar zur Verminderung der Aufwendungen für Instandhaltung und Wartung des Rohrnetzes und der Pump- und Wasserwerke.

Beispielsweise wird heute der gesamte Zinsaufwand, bei seit 1995 unveränderten Wasserentgelten, aus Einsparungen beim Betrieb der Anlagen und der Rohrnetze finanziert.

II. Aufwendungen

Die Planposition „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“ in Höhe von 2.531,4 T€ wurde um 143,8 T€ bzw. 5,7 % unterschritten. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem geringeren Aufwand für Energie- und Kraftstofflieferungen. Insbesondere fiel der Anstieg der Strompreise weit geringer aus als ursprünglich mit 6 % p.a. geplant worden ist. Zudem wurde aufgrund des milden Winters 2013/2014 weniger Strom, insbesondere für Frostschutzheizungen in den Pumpwerken und Hochbehältern, benötigt.

Durch die Einführung und strikte Umsetzung eines noch zu zertifizierenden Energiemanagementsystems wird künftig der Schwerpunkt auf eine größere Energieeffizienz und damit auf die Einsparung von Strom gelegt.

Zusätzlich erhält sich die Gesellschaft mit einem Energiemanagementsystem den Anspruch auf die teilweise Rückerstattung der Stromsteuer (32,7 T€).

Die „Aufwendungen für bezogene Leistungen“ haben sich um 94,4 T€ von ursprünglich 1.148,0 T€ auf 1.242,4 T€ bzw. 8,2 % erhöht. Die wesentlichen Mehraufwendungen resultieren aus den Positionen „übrige Instandhaltungsleistungen“ in Höhe von 77,6 T€. Aufgrund des sich Ende des III. Quartals 2014 abzeichnenden Mehrverkaufs von Trinkwasser gegenüber den Planungsannahmen wurden einige Instandhaltungsarbeiten aus Folgejahren vorgezogen.

Der Personalaufwand im Jahr 2014 betrug 4.135,5 T€. Er lag damit 89,1 T€ bzw. 2,2 %, nicht zuletzt aufgrund höherer Tarifsteigerungen, als planungsseitig berücksichtigt worden sind, über dem Planungsansatz. Der höhere Personalaufwand ist zudem darauf zurückzuführen, dass eine Rückstellung des Aufwandes für die einvernehmliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses eines wegen längerer Krankheit ausscheidenden Mitarbeiters gebildet worden ist.

Der Aufwand für Kreditzinsen aus Darlehensverträgen, einschließlich sonstiger Zinsen, wurde aufgrund der weiterhin günstigen Zinsentwicklung im Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftskrise mit 1.782,1 T€ (i.Vj. 1.775,0 T€) um 88,6 T€ bzw. 4,7 % gegenüber dem Planungsansatz unterschritten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Jahr 2014 785,7 T€ und lagen somit um 99,5 T€ bzw. 14,5 % über dem Planungsansatz. Diese Erhöhung hat ihre Ursache im unvermeidlichen Anstieg der Aufwendungen für Post- und Drucksachen (47 T€) u.a. in Folge der Einführung von SEPA.

Auch wurde für die notwendige Qualifikation (Lehrgänge) von Personal bei Neu- und Ersatzbesetzungen mehr Geld als geplant aufgewendet.

Die geplanten Abschreibungen haben sich gegenüber der Planung um 85,2 T€ auf 3.627,1 T€ erhöht. Eine wesentliche Ursache dieser Erhöhung ist der Tatsache geschuldet, dass notwendige Investitionen in ein bereits weitgehend abgeschriebenes Wirtschaftsgut dazu führen, dass sich die Abschreibungszeit der Nachaktivierung gemäß HGB an der verbleibenden Restnutzungsdauer des gesamten Wirtschaftsgutes ausrichtet.

Die Steuerbelastung aus Gewerbebeertragsteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag erhöhte sich von geplanten 32,2 T€ um 148,1 T€ auf 180,3 T€ bzw. auf 560 %. Ursache hierfür ist die starke Ergebnisverbesserung gegenüber dem Wirtschaftsplan.

Dem geplanten handelsrechtlichen Verlust in Höhe von 157,1 T€ steht am Ende nach Steuern ein Überschuss von 82,7 T€ gegenüber. Die Ergebnisverbesserung beträgt somit 239,9 T€ und wird dementsprechend hoch besteuert.

III. Einnahmen

Im Jahr 2014 sind 3.657,7 Tm³ Trinkwasser an Endkunden verkauft worden. Vor dem Hintergrund, dass das Jahr 2014 als extrem zu warm und zu trocken vom Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie und dem Deutschen Wetterdienst eingeschätzt wurde (Sächsische Zeitung v. 30.01.2015), muss der Absatzanstieg gegenüber dem Vorjahr um 70,1 Tm³ bzw. auf 101,95 % doch relativiert werden.

Eine Umkehr von der grundsätzlichen Tendenz, nämlich, eines moderaten Absatzrückganges von 0,5 % p.a. ist unter Berücksichtigung des letzten Extremjahres also eher unwahrscheinlich. Insoweit wird die Gesellschaft an ihrer Mittel- und Langfristplanung bezüglich des Absatzrückganges festhalten.

Gleichwohl haben sich die vorsichtigen und gewissenhaften Schätzungen der Gesellschaft für 2014 nicht bestätigt. Gegenüber dem Planansatz fiel die Verbesserung mit 203,5 Tm³ doch sehr deutlich aus.

Aus diesem Grund wurde der Absatz im August 2014 für die Planung 2015 auf 3.500,0 Tm³ erhöht. Das sind 45,8 Tm³ mehr als im Wirtschaftsplan 2014 ausgewiesen worden sind.

An Dritte wurde 758,9 Tm³ Trinkwasser weiterverteilt. Dies sind 8,1 Tm³ bzw. 1,08 % mehr als im Vorjahr.

Die Mehreinnahmen aus dem höheren Trinkwasserabsatz sind ein wesentlicher Grund für die Ergebnisverbesserung im Wirtschaftsjahr 2014.

Der weiteren Entwicklung bzw. Abschätzung des Absatzes muss künftig große Aufmerksamkeit beigemessen werden, zumal dann, wenn die Hochrechnung aufgrund eines guten Sommers Werte für das Folge- bzw. Planungsjahr ausweist, die bei einem durchaus nicht auszuschließendem verregneten Sommer zu hoch sind. Gleiches gilt natürlich für den umgekehrten Fall.

Trotz der letzten beiden guten Jahre wird insgesamt eingeschätzt, dass der Absatz von Trinkwasser mittelfristig stagniert bzw. leicht rückläufig ist.

Den Zinsaufwendungen stehen wegen der guten Liquiditätslage der Gesellschaft Zinserträge in Höhe von 157,8 T€ gegenüber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 102,1 T€ um 61,9 T€ unter dem Planungsansatz in Höhe von 164,0 T€.

IV. Ergebnis und Fazit

Die gesamten Aufwendungen, inklusive Steuern, beliefen sich im Wirtschaftsjahr 2014 auf 14.161 T€. Sie fallen damit um 274,8 T€ bzw. 1,98 % höher aus, als in der Planung mit 13.729,1 T€ ursprünglich vorgesehen war. Den Gesamtaufwendungen stehen Erlöse in Höhe von 14.243,7 T€ gegenüber. Dies sind 514,6 T€ bzw. 3,75 % mehr als geplant wurde.

Die Mehrerlöse setzen sich im Wesentlichen aus einem erhöhten Trinkwasserabsatz und den verminderten Aufwendungen aus Zinszahlungen zusammen.

Der geplante handelsrechtliche Jahresfehlbetrag in Höhe von 157,1 T€ ist mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 82,7 T€ übertroffen worden. Die Ergebnisverbesserung beträgt 239,9 T€. Die Geschäftsführung empfiehlt, den Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Liquidität der Gesellschaft kann über die letzten Jahre hinweg als gut eingeschätzt werden. Ursächlich sind Überschüsse der Vorjahre aufgrund geringerer Aufwendungen auf der einen und nicht geplanter Mehreinnahmen auf der anderen Seite. In den Folgejahren sollen diese mit geplanten handelsrechtlichen Verlusten bei gleichbleibender Höhe der Wasserentgelte ausgeglichen werden.

Die Verbesserung der Liquiditätslage gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die vollständige Umsetzung des Investitionsplanes bzw. die Fertigstellung einiger Baumaßnahmen aus unterschiedlichsten Gründen erst Ende des II. bzw. III. Quartals 2015 abgeschlossen wird. Zudem wurden nicht alle Pauschalpositionen voll in Anspruch genommen, einige Baumaßnahmen mussten nach Abstimmung mit den Verbandsmitgliedern in Gänze nach 2015 verschoben werden und insgesamt waren die Baumaßnahmen etwas billiger als ursprünglich geplant worden ist.

Deshalb wurde die ursprüngliche Kreditaufnahme in Höhe von 3.958,6 T€ um 708,6 T€ auf 3.250,0 T€ reduziert. Der Investitionskredit wurde am 15. Oktober 2014 aufgenommen und die Bürgschaft des Verbandes wurde ohne Auflagen von der Kommunalaufsicht genehmigt.

Trotz der stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann die Gesellschaft kalkulatorische Kosten aufgrund der derzeitigen Höhe der Wasserentgelte nicht erwirtschaften. Beispielsweise sind kalkulatorische Zinsen und/oder eine Eigenkapitalverzinsung seit 1994 kein Bestandteil der Wasserentgeltkalkulation.

Die wirtschaftlichen Kennzahlen des für das Jahr 2014 aufzustellenden Beteiligungsberichtes können dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 entnommen werden.

V. Schuldenstand und Investitionstätigkeit

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe 3.520,2 T€ realisiert. Darin sind geförderte Investitionen im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung (2013) in Höhe von 213,7 T€ enthalten. Im Unternehmen werden Fördermittel gemäß HGB von den Herstellungskosten als einer möglichen Bewertungsmethode abgesetzt. Insoweit beträgt der Zugang zum Anlagevermögen vermindert um die Hochwassermaßnahmen 3.306,5 T€ (i.Vj. 4.684,3 T€).

Es kommen weitere in 2014 begonnene Baumaßnahmen mit einem Wertumfang von 776,0 T€ hinzu, die spätestens bis Ende des II. Quartals 2015 fertiggestellt werden. Die Kreditverbindlichkeiten bzw. die Restschuld der Gesellschaft aus ihrer Investitionstätigkeit seit 1990 belaufen sich unter Berücksichtigung des im Wirtschaftsjahr 2014 aufgenommen Darlehens in Höhe von 3.250,0 T€ und gleichzeitiger Tilgung in Höhe von 2.653,9 T€ zum Stichtag am 31. Dezember 2014 auf 58.577,8 T€ (i.Vj. 57.981,7 T€). Darin enthalten sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 138,1 T€. Der Zuwachs der Restverschuldung beträgt 1,03 %.

Zusätzlich zur o.g. Tilgung kommt die vorzeitige Rückzahlung eines Gesellschafterdarlehens im Zuge einer Umschuldung an die Gemeinde Klingenberg in Höhe von 110,7 T€ hinzu. Mit dem tatsächlichen Verbandsbeitritt der Gemeinde Pretzschendorf wurden im Jahr 2000 auch deren Verbindlichkeiten in Höhe von 396,0 T€ für Investitionen in die wasserwirtschaftliche Infrastruktur übernommen.

Die nominale Restverschuldung wird unter Berücksichtigung der mehrfach extern begutachteten und vom Aufsichtsrat gebilligten langfristigen Investitionsstrategie ihren Höhepunkt mit 61.079 T€ im Jahr 2027 (Stand 31.12.2014) erreichen und in den Folgejahren leicht absinken. Bis dahin sind es 12 Jahre und der geplante Zuwachs der nominalen Restverschuldung beträgt in diesem Zeitraum voraussichtlich insgesamt 2.501,0 T€. Damit steigt die Pro-Kopf-Verschuldung von 588 € im Wirtschaftsjahr 2014 (98.000 Einwohner) um weitere 35 € auf 623 € im Jahr 2027 an.

Die dafür notwendige Fremdmittelaufnahme bewirkt über diesen langen Zeitraum bei einem Darlehen mit einer angenommenen Annuität von 5 % und einem Jahresabsatz (2027) von vorsichtigen 3.400 Tm³ zusätzliche Zinsaufwendungen bis zu max. 3,7 Cent pro Kubikmeter im Jahr 2027.

Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund muss trotz einiger weniger kritischen Stimmen an der langfristigen Investitionsstrategie, die allein dem dauernden Erhalt der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur dient und einem Substanzverzehr wirksam entgegentritt, festgehalten werden.

Dieser Ansatz sichert Periodengerechtigkeit und Nachhaltigkeit der Wasserversorgung und sorgt zudem dafür, dass der nächsten Generation keine unangemessene Hypothek auferlegt wird.

Die der Kommunalaufsicht eingereichten Bürgschaften des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe für Darlehensaufnahmen zur Finanzierung der Investitionstätigkeit der Gesellschaft wurden ohne Auflagen genehmigt.

VI. Organisation und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte zum 31. Dezember 2014 im Jahresdurchschnitt insgesamt 72 Arbeitnehmer und einen Geschäftsführer. Darüber hinaus absolvieren 2 Azubi ihre Ausbildung im Unternehmen.

Den planmäßigen Abgängen von Mitarbeitern aufgrund des Erreichens ihres Rentenalters und dem krankheitsbedingten Ausscheidens eines weiteren Kollegen wurde durch die Einstellung neuer Mitarbeiter Rechnung getragen. Innerhalb der bestehenden Organisationsstruktur wurden Umbesetzungen vorgenommen.

Die Gesellschaft freut sich über Nachwuchs bei drei ihrer Kolleginnen. Sie wird diese Stellen zeitweise durch befristete Neueinstellungen besetzen.

Grundlegende Änderungen an der Organisationsstruktur des Unternehmens wurden nicht vorgenommen und sind auch mittelfristig nicht geplant.

Kapazitätsengpässe im Tiefbaubereich werden u. a. durch den Bezug von Fremdleistungen ausgeglichen.

VII. Prognose, Chancen und Risiken

Wie bereits in den vergangenen Jahren regelmäßig angesprochen, sind auch weiterhin der prognostizierte Bevölkerungsrückgang und die damit einhergehende geringere durchschnittliche Auslastung der Anlagen sowohl ein technisches als auch ein wirtschaftliches Problem, vor dem man die Augen nicht verschließen darf.

Andererseits ist es eine unbestrittene Tatsache, dass aufgrund des Klimawandels und längerer Trockenperioden die Abnahmespitzen (max. Auslastung der Anlagen), wie beispielsweise im Jahrhundertsommer 2003 beobachtet, weiter zunehmen werden.

Hier gilt es abzuwarten, ob und inwieweit die Prognosen auch tatsächlich Wirklichkeit werden. Es zeichnet sich jedoch schon heute ab, dass der Bevölkerungsrückgang oberhalb von Dippoldiswalde größer ausfällt als im Speckgürtel der Landeshauptstadt Dresden.

Dort, wo die Auswirkungen der demographischen Entwicklung am größten sind, wurden nach 1990 nicht alle Ortsteile an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen.

Zudem spielt hier die Substitution von Trinkwasser durch Regen- oder Brunnenwasser eine größere Rolle als anderswo. Beide Faktoren lassen erwarten, dass sich der Bevölkerungsrückgang nicht eins zu eins auf den Trinkwasserbedarf auswirkt. Insoweit plant die Gesellschaft mittel- und langfristig auch weiterhin mit einem Verbrauchsrückgang von mindestens 0,5 % pro Jahr.

In der Branche hat sich in der letzten Zeit trotz des vehementen Widerstandes der Wohnungswirtschaft vermehrt ein Grundpreis pro Wohnung durchgesetzt. Seine gerichtliche Überprüfung hat in mehreren Entscheidungen zu keinen Beanstandungen geführt.

Die Gesellschaft beabsichtigt zum 01. Januar 2016 einen Grundpreis für die erste und einen weiteren ab der zweiten Wohnung pro Haus einzuführen. Gleichzeitig soll der Grundpreisanteil insgesamt erheblich angehoben und der Arbeitspreis entsprechend abgesenkt werden.

Mit der Anhebung des Grundpreisanteils soll eine weitere Abkopplung der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft von der Demographie und mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Fixkosten für die permanente Vorhaltung der Wasserversorgung an jedem Tag und zu jeder Stunde erreicht werden.

Fehlende Einnahmen aus dem Absatzrückgang durch die Anhebung des Arbeitspreises zu kompensieren, wird nicht zum Erfolg führen, weil Wassersparen über das normale Maß hinaus dann noch mehr als heute belohnt wird.

Eine Konsequenz aus dieser Entwicklung wäre dann, dass der Kreis der Abnehmerschaft, der für die Vorhaltung der Wasserversorgung heranzuziehen ist, nochmals kleiner wird.

Auch die einseitige Anhebung des Grundpreises auf der Basis der Größe der Messeinrichtung kann nicht zum Erfolg führen und das Problem der demographischen Entwicklung vom Grundsatz her lösen. Er würde Eigenheimbesitzer zusätzlich belasten und Großvermieter (Wohnungsgeschossbau) weiter erheblich entlasten, weil bis zu 30 Wohnungen unter Bezug auf die allgemein anerkannten Regeln der Technik an die kleinste Messeinrichtung anzuschließen sind.

Über die Notwendigkeit Änderungen an der bisherigen Tarifstruktur vorzunehmen, wurde deshalb sehr ausführlich mehrmals im Aufsichts- und Verwaltungsrat diskutiert. Über das Für und Wider unterschiedlicher Lösungsansätze wurde eingehend gesprochen. Der am Ende der Beratungen stehende Kompromiss bzw. die Rahmenbedingungen des Neuen Preismodells wurden in zwei Verbandsversammlungen öffentlich vorgetragen.

Die Gesellschaft wird Ende des I. Quartals 2015 eine Befragung aller Grundstückseigentümer vornehmen, um die ersten in der 45. Verbandsversammlung vorgestellten Berechnungsergebnisse weiter zu verifizieren.

In einer weiteren Verbandsversammlung 2015 sollen dann endgültig die Weichen für mehr Nachhaltigkeit und Kostengerechtigkeit gestellt werden. Diese Chance sollte nicht ungenutzt verstreichen.

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015, einschließlich des beigefügten Wirtschaftsplanes der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, ist in der 45. Verbandsversammlung am 11. Dezember 2014 beschlossen worden. Im Wirtschaftsplan 2015 sind Aufwendungen in Höhe von 14.266,3 T€ geplant.

Den Aufwendungen stehen Einnahmen in Höhe von 13.732,3 T€ gegenüber. Der Jahresfehlbetrag ergibt sich zu 534,0 T€ und wird aus der Rücklage der Gesellschaft ausgeglichen.

VIII. Sonstige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014, einschließlich des beigefügten Wirtschaftsplanes der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, ist in der 43. Versammlung am 12. Dezember 2013 beschlossen worden. Damit sind alle Voraussetzungen für einen guten Start in das Jahr 2014 gegeben.

Für das Jahr 2014 wird bei Umsatzerlösen in Höhe von EUR 13,0 Mio. ein Jahresverlust von TEUR 157 erwartet.

4. Impressum

Herausgeber : Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Verfasser : Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH
Dresdner Straße 301
01705 Freital

Telefon: 0351 648040, Telefax: 0351 6480455

E-Mail : info@wwwgmbh.de, Internet : www.wwwgmbh.de

Geschäftsführer, Herr Kukuczka

Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktivseite	Haushaltsjahr	Vorjahr	Passivseite	Haushaltsjahr	
	in EUR			in EUR	
1. Anlagevermögen			1. Kapitalposition		
a) Immaterielle Vermögensgegenstände			a) Basiskapital	16.951.946,10	16.891.832,80
b) Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen			b) Rücklagen		
c) Sachanlagevermögen			aa) Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		
aa) Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen			bb) Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses		
bb) Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen			cc) Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen		
cc) Infrastrukturvermögen			dd) Zweckgebundene und sonstige Rücklagen		
dd) Bauten auf fremdem Grund und Boden			c) Fehlbeträge		
ee) Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler			aa) Vortrag von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus den Vorjahren		
ff) Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge			bb) Fehlbetrag des Sonderergebnisses und Vortrag von Fehlbeträgen des		
gg) Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere			Sonderergebnisses aus den Vorjahren		
hh) Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			cc) Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses		
d) Finanzanlagevermögen			2. Sonderposten		
aa) Anteile an verbundenen Unternehmen	16.951.946,10	16.891.832,80	a) Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen		
bb) Beteiligungen			b) Sonderposten für Investitionsbeiträge		
cc) Sondervermögen			c) Sonderposten für den Gebührenaussgleich		
dd) Ausleihungen			d) Sonstige Sonderposten		
ee) Wertpapiere			3. Rückstellungen		
2. Umlaufvermögen			a) Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen		
a) Vorräte			b) Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im		
b) Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen			Rahmen von Altersteilzeit		
c) Privatrechtliche Forderungen, Wertpapiere des Umlaufvermögens	16.014,41	22.623,54	c) Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Deponien		
d) Liquide Mittel			d) Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten und sonstige		
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			Umweltschutzmaßnahmen		
4. Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag			e) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus steuerkraftabhängigen Umlagen		
			im Rahmen des Finanzausgleichs		
			f) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aufgrund von		
			Steuerschuldverhältnissen		
			g) Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und		
			Verwaltungsverfahren sowie aus Bürgschaften, Gewährverträgen und wirtschaftlich		
			h) Rückstellungen für unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung im Haushaltsjahr		
			i) Rückstellungen für sonstige vertragliche oder gesetzliche Verpflichtungen zur		
			Gegenleistung gegenüber Dritten, die im laufenden Haushaltsjahr wirtschaftlich		
			begründet wurden und die der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind		
			j) Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und aus		
			k) sonstige Rückstellungen		
			4. Verbindlichkeiten		
			a) Verbindlichkeiten in Form von Anleihen		
			b) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
			c) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommenden		
			Rechtsgeschäften		
			d) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
			e) Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		
			f) Sonstige Verbindlichkeiten	16.014,41	22.623,54
			5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe Aktiva	16.967.960,51	16.914.456,34	Summe Passiva	16.967.960,51	16.914.456,34

Ergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./ Spalte 2)
		EUR				
		1	2	3	4	5
1	Steuern und ähnliche Abgaben darunter: Grundsteuern A und B Gewerbesteuer Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer					
2	+ Zuwendungen und Umlagen nach Arten sowie aufgelöste Sonderposten darunter: allgemeine Schlüsselzuweisungen sonstige allgemeine Zuweisungen allgemeine Umlagen aufgelöste Sonderposten					
3	+ sonstige Transfererträge					
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte					
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
7	+ Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen und ähnliche Erträge)	22.623,54	22.335,00		16.014,41	-6.320,59
8	+/- aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen					
9	+ sonstige ordentliche Erträge					
10	= ordentliche Erträge (Nummer 1 bis 9)	22.623,54	22.335,00		16.014,41	-6.320,59
11	Personalaufwendungen darunter: Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen Zuführungen zu Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit					
12	+ Versorgungsaufwendungen darunter: Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen für Versorgungsempfänger					
13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
14	+ planmäßige Abschreibungen					
15	+ Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Kapitalertragsteuer)		3.535,00		2.534,12	-1.000,88
16	+ Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen					
17	+ sonstige ordentliche Aufwendungen		18.800,00		13.480,29	-5.319,71
18	= ordentliche Aufwendungen (Nummer 11 bis 17)		22.335,00		16.014,41	-6.320,59
19	= ordentliches Ergebnis (Nummer 10 ./ Nummer 18)		0,00		0,00	0,00
20	außerordentliche Erträge		0,00		0,00	0,00
21	außerordentliche Aufwendungen		0,00		0,00	0,00
22	= Sonderergebnis (Nummer 20 ./ Nummer 21)		0,00		0,00	0,00
23	= Gesamtergebnis (Nummer 19 + 22)		0,00		0,00	0,00
24	veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 20 SächsKomHVO-Doppik		0,00		0,00	0,00
25	Betrag, der durch das ordentliche Ergebnis und aus Überschüssen des Sonderergebnisses gedeckt wird		0,00		0,00	0,00
26	= verbleibendes Gesamtergebnis (Nummer 23 ./ Nummer 25)		0,00		0,00	0,00
27	= nicht gedeckter Fehlbetrag aus Vorjahren, der auf Folgejahre vorzutragen ist		0,00		0,00	0,00

Ergebnisrechnung

nachrichtlich: **Verwendung des Jahresergebnisses**

1	Überschuss des ordentlichen Ergebnisses, der in die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses eingestellt wird	0,00
2	Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses, der mit der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses verrechnet wird	0,00
3	Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses, der mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses verrechnet wird	0,00
4	Überschuss des Sonderergebnisses, der in die Rücklage des Sonderergebnisses eingestellt oder zur Deckung von vorgetragenen Fehlbeträgen des Sonderergebnisses	0,00
5	Fehlbetrag des Sonderergebnisses, der mit der Rücklage des Sonderergebnisses verrechnet wird	0,00
6	Fehlbetrag, der nach § 25 Abs. 3 Satz 2 SächsKomHVO-Doppik zu veranschlagen und auf das ordentliche Ergebnis der Folgejahre vorzutragen ist	0,00
7	Fehlbetrag des Sonderergebnisses, der auf Folgejahre vorgetragen wird	0,00
8	Verrechnung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren mit dem Basiskapital	0,00
9	Verrechnung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses mit dem Basiskapital	0,00

Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./ Spalte 2)
		1	2	3	4	5
		EUR				
1	Steuern und ähnliche Abgaben darunter: Grundsteuern A und B Gewerbesteuer Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer					
2	+ Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit darunter: allgemeine Schlüsselzuweisungen sonstige allgemeine Zuweisungen allgemeine Umlagen					
3	+ sonstige Transfereinzahlungen					
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, ausgenommen Investitionsbeiträge					
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
7	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
8	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nummern 1 bis 8)		0,00		0,00	0,00
10	Personalauszahlungen					
11	+ Versorgungsauszahlungen					
12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen					
13	+ Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
14	+ Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
15	+ sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nummern 10 bis 15)		0,00		0,00	0,00
17	= Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als		0,00		0,00	0,00
18	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					
19	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit					
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen					
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Vermögensgegenständen					
22	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen					
23	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen und von Wertpapieren des Umlaufvermögens					
24	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit					
25	= Einzahlungen für Investitionstätigkeit (Nummern 18 bis 24)		0,00		0,00	0,00
26	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen					
27	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Vermögensgegenständen					
28	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen					
29	+ Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen					
30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen und von Wertpapieren des Umlaufvermögens					
31	+ Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen					
32	+ Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit					
33	= Auszahlungen für Investitionstätigkeit (Nummern 26 bis 32) nachrichtlich: Auszahlungen für den Tilgungsanteil der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, die nicht in Position 37 enthalten sind		0,00		0,00	0,00
34	= Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit (Nummer 25 ./ Nummer 33)		0,00		0,00	0,00
35	= veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Nummern 17 + 34)		0,00		0,00	0,00

Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres		Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 3 ./ Spalte 2)
			EUR			
		1	2	3	4	5
36	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen					
37	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen					
38	= Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit (Nummer 36 ./ Nummer 37)		0,00		0,00	0,00
39	= Änderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr (Nummern 35 + 38)		0,00		0,00	0,00
40	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Geldanlagen, aus Darlehensrückflüssen und aus Liquiditätskrediten					
	darunter: Einzahlungen aus Liquiditätskrediten					
41	- Auszahlungen für Geldanlagen, für die Gewährung von Darlehen und für die Tilgung von Liquiditätskrediten					
	darunter: Auszahlungen für die Tilgung von Liquiditätskrediten					
42	Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern				0,00	
43	- Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern				0,00	
44	= Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen [(Nummern 40 + 42) ./ (Nummern 41 + 43)]				0,00	
45	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln (ohne Liquiditätskredite und Kontokorrentverbindlichkeiten)		0,00		0,00	0,00
46	= Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Nummer 39 + 44 + 45)		0,00		0,00	0,00

Anlagenübersicht

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 1. Januar des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchun- gen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dezember des Haushaltsjahres	Stand am 1. Januar des Haushaltsjahres	Abschrei- bungen im Haushaltsjahr	Auflösungen ¹⁾	Zuschrei- bungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dezember des Haushaltsjahres	Stand am 1. Januar des Haushaltsjahres	am 31. Dezember des Haushaltsjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände												
1.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen												
1.3 Sachanlagevermögen												
1.3.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen												
1.3.1.1 Grünflächen												
1.3.1.2 Ackerland												
1.3.1.3 Wald und Forsten												
1.3.1.4 Schutz- und Ausgleichsflächen												
1.3.1.5 Gewässer												
1.3.1.6 Sonstige unbebaute Grundstücke												
1.3.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen												
1.3.2.1 Wohnbauten												
1.3.2.2 Anlage IIA												
1.3.2.3 Schulen												
1.3.2.4 Kulturanlagen												
1.3.2.5 Sportanlagen												
1.3.2.6 Gartenanlagen												
1.3.2.7 Verwaltungsgebäude												
1.3.2.8 Sonstige Gebäude												
1.3.3 Infrastrukturvermögen einschließlich Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
1.3.3.1 Brücken, Tunnel und ingenieurtechnische Anlagen												
1.3.3.2 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen												
1.3.3.3 Stromversorgungsanlagen												
1.3.3.4 Gasversorgungsanlagen												
1.3.3.5 Wasserversorgungsanlagen												
1.3.3.6 Abfallbeseitigungsanlagen												
1.3.3.7 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen												
1.3.3.8 Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen												
1.3.3.9 Sonstiges Infrastrukturvermögen												
1.3.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden												
1.3.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler												
1.3.6 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge												
1.3.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere												
1.3.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau												
1.4 Finanzanlagevermögen												
1.4.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	16.891.832,80	82.736,84	22.623,54	0,00	16.951.946,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.891.832,80	16.951.946,10
1.4.2 Beteiligungen												
1.4.3 Sondervermögen												
1.4.4 Ausleihungen												
1.4.5 Wertpapiere												

¹⁾ Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Anlage Beteiligungsbericht 2014

Ermittlung des Ansatz des Beteiligungswertes der Verbandsmitglieder

Jahresabschluss 2014 Bilanz a) Baisiskapital : **16.951.946,10 €**

Information zur Stimmenverteilung und dem Verteilerschlüssel der Vertreter zur
Verbandsversammlung gemäß § 4, Absatz 1 und 2 der Verbandssatzung

Grundlage : § 125 SächsGemO => " ist die vom Statistischen Landesamt zum 30.
Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl maßgebend"

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Bevölkerung im
Weißeritzkreis am 30.06.2013 nach Gemeinden

lfd. Nr.	Stadt / Gemeinde	Ein- wohner	Stimmen- zahl	Vertreter	Anteil ¹⁾ Stimmen in %	Anteil in €
1	Altenberg	8.307	9	5	8,49057%	1.439.316,18 €
2	Bannewitz	10.455	11	5	10,37736%	1.759.164,22 €
3	Dippoldiswalde	14.443	15	5	14,15094%	2.398.860,30 €
4	Dorfhain	1.117	2	2	1,88679%	319.848,04 €
5	Freital	39.001	40	7	37,73585%	6.396.960,79 €
6	Glashütte	6.879	7	3	6,60377%	1.119.468,14 €
7	Höckendorf	6.891	7	3	6,60377%	1.119.468,14 €
8	Kreischa für die Ortsteile Sobrigau und Bärenklause- Kautzsch	797	1	1	0,94340%	159.924,02 €
9	Wilsdruff für die Ortsteile Mohorn, Grund und Herzogs- walde	2.063	3	2	2,83019%	479.772,06 €
10	Rabenau	4.328	5	3	4,71698%	799.620,10 €
11	Tharandt	5.304	6	3	5,66038%	959.544,12 €
	2014 Summe :	99.585	106	39	100,00000%	16.951.946,10 €

1) ermittelte Prozentwerte wurden nicht gerundet